

In den/die

- Sozialausschuss
- Internationaler Ausschuss
- Verwaltungsausschuss
- Ratsversammlung

Hannover, 02.03.2022

Antrag gemäß §10 der Geschäftsordnung des Rats der Landeshauptstadt  
Hannover

## **Körperliche Unversehrtheit aller Menschen schützen, städtischen anonymen Behandlungsschein einführen**

Der Rat der Stadt Hannover möge beschließen

Die Verwaltung wird damit beauftragt zu prüfen, welcher Bedarf an  
medizinischer Behandlung von Menschen ohne Krankenversicherung besteht.  
Auf dieser Grundlage und in Zusammenarbeit mit Trägern der Obdachlosen- und  
Geflüchtetenarbeit sollen anonyme Behandlungsscheine ausgegeben werden, die  
es Menschen ohne Krankenversicherung ermöglichen sollen, sich medizinisch  
versorgen zu lassen.

### Begründung

Am 30.11.2018 ist das Modellprojekt der Niedersächsischen Landesregierung  
ausgelaufen, über das Menschen ohne Krankenversicherung einen sog.  
Anonymen Behandlungsschein erhalten konnten, um sich medizinisch versorgen  
zu lassen. Seitdem dieses Programm, von dem besonders obdachlose und  
geflüchtete Menschen profitiert haben, ausgelaufen ist, versuchen  
Mediziner\*innen und Initiativen auf ehrenamtlicher Basis ein entsprechendes  
Notangebot bereitzustellen. Dieses deckt aber den Bedarf nicht. Es gibt Berichte  
von schwerstkranken Menschen ohne Krankenversicherung, die z.T. wegen  
Verständigungsproblemen in Notaufnahmen abgewiesen werden. Der sehr  
löbliche ehrenamtliche Einsatz von Mediziner\*innen die Menschen ohne  
Versicherung unentgeltlich behandeln ist in vielen Fällen räumlich, zeitlich und  
quantitativ so begrenzt, dass viele ernste medizinische Probleme unerkannt und  
unbehandelt bleiben. Einen solchen Missstand sollte es in einer Stadt wie  
Hannover, die sich Weltoffenheit und ein soziales Miteinander auf die Fahnen  
geschrieben hat nicht geben. Natürlich sind in erster Linie Landes- und  
Bundesregierung gefragt, um Asylverfahren zu beschleunigen und möglichst alle

hier lebenden Menschen in die gesetzliche Krankenversicherung zu bringen.  
Solange dies aber nicht der Fall ist und es offensichtliche gravierende Defizite  
bei der medizinischen Versorgung von Menschen in Hannover gibt, die das Recht  
jedes Menschen auf körperliche Unversehrtheit verletzen, sollte die Stadt hier  
unverzüglich tätig werden!



Dirk Machentanz

Fraktionsvorsitzender